

WOHNUNGSWIRTSCHAFT IST SCHLÜSSEL FÜR STABILE VOLKSWIRTSCHAFT

06.07.2009 Fachinformation

Bei der Fachtagung "Kooperation schafft Innovation – Neue Partnerkultur in der Wohnungswirtschaft" am 2. Juli 2009 forderten Vertreter von Bundespolitik und Wohnungsbranche eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Immobilien- und Wohnungsindustrie. Die Immobilienbranche stelle 86 Prozent des deutschen Anlagevermögens. Allein die Wohnungsindustrie beschäftige fast 430.000 Menschen und trage mit zwölf Prozent dreimal soviel zur Bruttowertschöpfung bei, wie die Automobilindustrie. Der parlamentarische Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums, Hartmut Schauerte, bescheinigt der Wohnungsindustrie eine wichtige stabilisierende Funktion für die deutsche Volkswirtschaft: "In Deutschland gab und gibt es weder eine Immobilienblase und noch ist das Problem der faulen Kredite hier im Land verursacht worden." Die deutsche Immobilienwirtschaft habe seriös agiert und werde aus der Krise insgesamt gestärkt hervorgehen. Sie stehe allerdings vor großen Herausforderungen und müsse künftig mit erheblichen Investitionen auf den demographischen Wandel und auf die ökologischen Anforderungen an ihre Wohnungsbestände reagieren. Eine zukünftige Bundesregierung müsse deshalb die Rahmenbedingungen insbesondere für die Wohnungswirtschaft nachbessern: "Gerade bei der Sanierung und Modernisierung der Wohnungen ist die Nutzen-Lastenverteilung zwischen Eigentümer und Mieter ungerecht", so Schauerte. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Wohnen AG, Michael Zahn, kritisierte, dass Branchen wie die Automobilindustrie teilweise Milliardensubventionen erhielten, während die in weiten Teilen gesunde Wohnungsindustrie gegen politisch motivierte Investitionshemmnisse kämpfen müsse: "Ein ordnungspolitisch völlig falsches Signal!" Gerade die Wohnungsindustrie sei einer der stabilisierenden Faktoren in der aktuellen Krise und könne massive beschäftigungspolitische Impulse setzen. Im Rahmen der Fachtagung stellten die Deutsche Wohnen Gruppe, die Berliner GASAG, die Gegenbauer Holding SA & Co. KG, Vattenfall Europe, die Urbana Energietechnik AG und die Comline Computer + Softwarelösungen AG ihre gemeinsamen "Berliner Thesen zur Wohnungspolitik 2009" vor. Mit ihnen wenden sich die Unternehmen mit der Forderung an die Politik, die politischen Rahmenbedingungen in der Branche zu verbessern. Durch die Thesen soll die Politik ihren Beitrag zur Professionalisierung der Wohnungswirtschaft leisten und diese gleichberechtigt am Wettbewerb partizipieren lassen. Die Thesen umfassen folgende Forderungen: Steuerrecht Aussetzung der Zinsschranke Abschaffung der EK 02-Besteuerung Generierung positiver Konjunkturimpulse durch ermäßigte Mehrwertsteuersätze Mietrecht Duldungspflicht energiesparender Modernisierungsmaßnahmen Vereinfachung des Ankündigungsverfahrens für energiesparende Modernisierungen Erleichterung der Durchsetzung von energiesparenden Maßnahmen Energie- und Umweltrecht Optimierung der Förderungsbedingungen Sonderabschreibungen für energetische Maßnahmen Investitionszulagen für Problembestände Quartiersbezogene Erfüllung von Auflagen zum Energiesparen Berliner Thesen zur Wohnungspolitik 2009

Downloads

